

CONV 238/02

CONTRIB 84

ÜBERMITTLUNGSVERMERK

des Sekretariats
für den Konvent

Betr.: **Beitrag des Mitglieds des Konvents Herrn Hannes Farnleitner**
"Asyl, Migration und polizeiliche Zusammenarbeit"

Der Generalsekretär des Konvents hat den in der Anlage wiedergegebenen Beitrag des Mitglieds des Konvents Herrn Hannes Farnleitner erhalten.

Asyl, Migration und polizeiliche Zusammenarbeit

Beitrag von Hannes Farnleitner, Mitglied des Konvents

I. ASYL (Titel IV EGV)

- ⇒ **Zustimmung zur Vergemeinschaftung**
(wie bereits im ersten Teil des Vertrags von Nizza in Art. 2 Ziffer 4 vorgesehen).

Ein gemeinsames Asylsystem ist wesentlicher Bestandteil einer europäischen Migrationspolitik.

Nur so können Ungleichgewichte beim Zustrom von Asylwerbern, Asylshopping und Missbrauch verhindert werden.

- ⇒ **Zustimmung zu gemeinsamem Asylraum, Vorschläge der Europäischen Kommission sind diesbezüglich sehr zu unterstützen.**

Vergemeinschaftung auch zur:

- Vereinheitlichung des materiellen Asylrechts
- gegenseitigen Anerkennung der Asylverfahrensergebnisse in den Mitgliedstaaten

- ⇒ **Im Gegenzug zur Vergemeinschaftung:**

- **Initiativrecht der Mitgliedstaaten**
- **Abstimmungsmodus:** Einführung doppelter Mehrheiten (Anzahl der Staaten bzw. Bevölkerungsschlüssel etc.), wodurch ein Zwang zum Kompromiss gegeben wäre. Dies könnte wie in Art. 3 des Protokolls zum Vertrag von Nizza über die Erweiterung der EU betreffend Art 34 Abs. 3 EUV ausgestaltet werden.

II. LEGALE MIGRATION (Titel IV EGV)

- ⇒ **Prinzipielle Zustimmung zu einer schrittweisen Vergemeinschaftung** wie in den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Laeken und Sevilla.
- ⇒ **Abgehen vom Einstimmigkeitsprinzip**
nachdem Gemeinschaftsvorschriften (Grundsatz-Acquis) geschaffen wurden, in denen (vergleichbar mit der Regelung des Vertrages von Nizza) die gemeinsamen Regeln und wesentlichen Grundsätze für diese Bereiche festgelegt sind.
- ⇒ **Besonders sensible Sachbereiche sind:**
 - Entscheidung bei der Erstzuwanderung
 - Legalisierung von illegal Aufhältigen
 - Zugang zum Arbeitsmarkt:
Zur Transparenz, Verfahrensvereinfachung und Beschleunigung sollte auf Gemeinschaftsebene aber jedenfalls das One Stop Shop-Prinzip (nur eine Entscheidung für Niederlassungs- und Arbeitsbewilligung) verankert werden.
- ⇒ **Migration muss mit der Aufnahmekapazität der EU und der Mitgliedstaaten vereinbar sein und auf legalem Wege erfolgen.**
- ⇒ **Im Gegenzug zur Vergemeinschaftung:**
 - **Initiativrecht der Mitgliedstaaten**
 - **Abstimmungsmodus:** Einführung doppelter Mehrheiten (Anzahl der Staaten bzw. Bevölkerungsschlüssel etc.), wodurch ein Zwang zum Kompromiss gegeben wäre. Dies könnte wie in Art. 3 des Protokolls zum Vertrag von Nizza über die Erweiterung der EU betreffend Art 34 Abs. 3 EUV ausgestaltet werden.
 - Sämtliche relevante Rechtsinstrumente sollen eine Formulierung der Quotenvereinbarkeit wie im Entwurf der Richtlinie zur Familienzusammenführung enthalten.

III. ILLEGALE MIGRATION (Titel IV EGV)

⇒ **Zustimmung zu schrittweiser Vergemeinschaftung**

- Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Sevilla sehen in den Maßnahmen gegen illegale Immigration sowie in dem integrierten Bordermanagement ein Zusammenwirken zwischen Rat, Europäischer Kommission und Mitgliedstaaten innerhalb ihrer Kompetenzsphären vor.
- Europäische Grenzpolizei: Gemeinsame Ausbildung, Ausstattung, Einsatztaktik; aber vorerst keine multinationale Polizeieinheit, sondern Assistenzleistung im Bedarfsfall.

⇒ **Abgehen vom Einstimmigkeitsprinzip**

nachdem Gemeinschaftsvorschriften (Grundsatz-Acquis) geschaffen wurden, in denen die gemeinsamen Regeln und wesentlichen Grundsätze für diese Bereiche festgelegt sind (vergleichbar mit der Regelung des Vertrages von Nizza).

⇒ **Im Gegenzug zur Vergemeinschaftung:**

- **Initiativrecht der Mitgliedstaaten**
- **Abstimmungsmodus:** Einführung doppelter Mehrheiten (Anzahl der Staaten bzw. Bevölkerungsschlüssel etc.) wodurch ein Zwang zum Kompromiss gegeben wäre. Dies könnte wie in Art. 3 des Protokolls zum Vertrag von Nizza über die Erweiterung der EU betreffend Art 34 Abs. 3 EUV ausgestaltet werden.

IV. POLIZEILICHE ZUSAMMENARBEIT (Titel VI EUV)

⇒ **Vergemeinschaftung zur Schaffung eines „sicheren Hauses Europa“**

⇒ **Voraussetzungen:**

- Gewaltmonopol bei Nationalstaat
- keine Exekutivbefugnisse für EUROPOL
- Abklärung der europäischen Kompetenz im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung.
- EU-Zuständigkeit dort, wo notwendig, insbesondere im Bereich der Organisierten Kriminalität, der grenzüberschreitenden polizeilichen Zusammenarbeit und Terrorismus.
- Harmonisierung des polizeilichen Handelns

⇒ **Im Gegenzug zur Vergemeinschaftung:**

- **Initiativrecht der Mitgliedstaaten**
- **Abstimmungsmodus:** Einstimmigkeit bzw. Einführung doppelter Mehrheiten (Anzahl der Staaten bzw. Bevölkerungsschlüssel etc.), wodurch ein Zwang zum Kompromiss gegeben wäre. Dies könnte wie in Art. 3 des Protokolls zum Vertrag von Nizza über die Erweiterung der EU betreffend Art 34 Abs. 3 EUV ausgestaltet werden.
